

LEITARTIKEL Die Bundesregierung und ihre Pflegepolitik In der Misere werden starke Schultern gebraucht

Zu wenig Personal, zu wenig Geld, zu viel Stress. Die Probleme in der Kranken- und Altenpflege sind nicht erst seit der Corona-Pandemie bekannt. Durch die Krise werden sie aber wie unter einem Brennglas sichtbar. So sind deutsche Krankenhäuser im internationalen Vergleich zwar bestens mit Intensivbetten ausgestattet. Doch was nützt das, wenn es akut an Intensivpflegekräften mangelt? Inzwischen müssen sich gar schon corona-positive, aber symptomfreie Heim- und Klinikbeschäftigte um Pflegebedürftige kümmern, damit die Versorgung in ihren Einrichtungen nicht zusammenbricht. Eine dramatische Situation. Und eigentlich kein guter Zeitpunkt, um über Erfolge im Kampf gegen den Pflegenotstand zu berichten, wie es am Freitag gleich drei Bundesminister in schöner Eintracht getan haben.

Dabei gehört auch das zur Wahrheit: Die amtierende große Koalition hat sich der Misere angenommen wie kaum eine Regierung vor ihr. Davon zeugt gerade die „Konzertierte Aktion Pflege“. Hinter dem Schlagwort verbirgt sich mehr als ein bloßer Debattierklub: So ist die Zahl der Pflege-Azubis bereits deutlich gestiegen. Seit Jahresbeginn muss für die Ausbildung kein Schulgeld mehr entrichtet werden. Für Altenpfleger steigt der Mindestlohn schrittweise bis 2022 deutlich an. Und die Chancen stehen gut, dass es demnächst auch zu einem Tarifvertrag für die gesamte Pflegebranche kommt.

Man kann das immer noch als zu wenig ambitioniert kritisieren. Aber es ist nicht so, dass sich nichts tut. Auch wenn es nur langsam vorangeht. Ausreichend Geld für mehr Pflegestellten bedeutet ja nicht automatisch, dass sich sofort genügend Interessenten finden, um sie zu besetzen. Der Ar-

beitsmarkt für Pflegekräfte ist leer gefegt. Und Bilder von überarbeiteten Pflegern in der Corona-Krise sind sicher auch keine Werbung für den anstrengenden Job. Erst wenn sich die Arbeitsbedingungen nachhaltig verbessern, wird sich auch das Image des Pflegeberufs wandeln, wird diese Arbeit attraktiver werden. Das braucht Zeit.

Wer allerdings erkennt hat, dass höhere Löhne unverzichtbar sind, genauso wie eine Ausbildungs-offensive und überhaupt bessere Rahmenbedingungen für den Pflegejob, der muss auch klar sagen, wie das alles finanziert werden soll. Hier ist noch vieles im Nebel. Fest steht nur, dass die Zeche nicht von den Pflegebedürftigen selbst beglichen werden kann. Ein dauerhafter Steuerzuschuss, in der Kranken- und Rentenversicherung längst Praxis, ist auch für die Pflegeversicherung zwingend geboten. Beitragssteigerungen sicher genauso. Nur sollte es dabei gerecht zugehen. Kinderlose, die schon jetzt prozentual mehr für die Pflege zahlen, ein weiteres Mal zur Kasse zu bitten, wie es Gesundheitsminister Spahn offenbar vorschwebt, hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun. Besser wäre es, stärkere Schultern stärker einzubinden und dazu beispielsweise die Beitragsbemessungsgrenze in der Pflegeversicherung deutlich anzuheben. An dieser Stelle krankt die Pflegebilanz der Bundesregierung jedenfalls noch erheblich.



STEFAN VETTER

GLOSSE Der frühe Lebkuchen

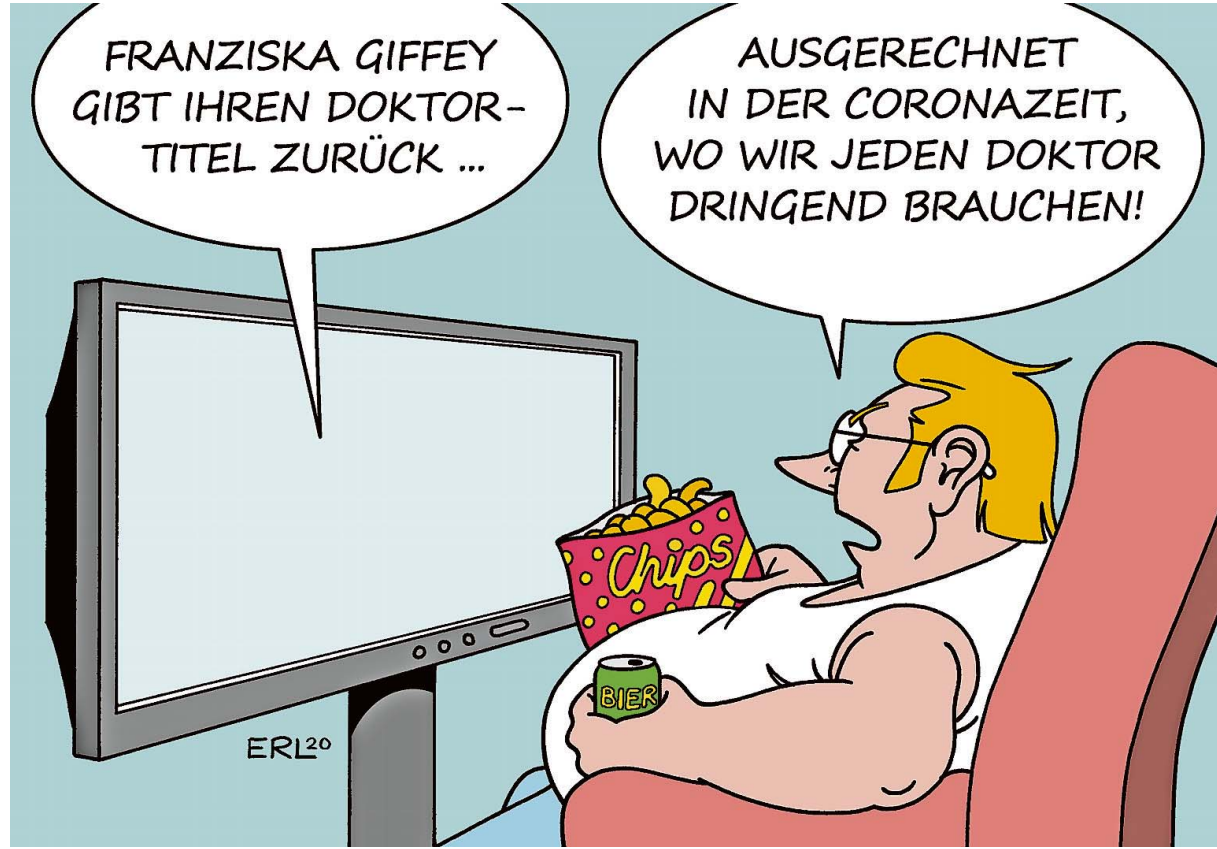
VON PIA ROLFS

Es war schon wie ein Ritual: Alle Jahre wieder klagten die Menschen meist im August über viel zu frühe Lebkuchen und Spekulatius in den Supermarkt-Regalen. Aber in diesem Jahr bleibt es zum ersten Mal merkwürdig still.

Denn zu Corona-Zeiten ist es keinesfalls unmaßig, bereits jetzt Weihnachtsgebäck einzukaufen. Nein, ganz im Gegenteil: Es scheint sogar geradezu verantwortungsvoll, ja fast heldenhaft! Zeigt es doch, dass man in Deutschland gelernt hat, vorausschauend zu konsumieren und

die Zahl seiner Supermarkt-Gänge somit zu reduzieren. Dass man sich für eine mögliche Quarantäne rüstet, in der man sich allein von Süßigkeiten ernähren könnte (Soul Food!). Und dass man sich im Lockdown auf das wirklich Wichtige beschränken kann: Lebkuchen.

Auch beim Erwerb ungewöhnlich großer Weihnachtsgebäck-Mengen handelt es sich keinesfalls um Hamsterkäufe, wenn erfahrene Spekulant-Spekulanten. Sondern um Investitionen in Einzelhandel und Hufeispeck – und gerade letztere sind schließlich erwiesenermaßen auch noch nachhaltig.



KARIKATUR: MARTIN ERL

ANALYSE Nach wie vor läuft es gut für die Partei in den Umfragen - während der Vorsitzende in der Wählergunst sinkt. Spekulationen ranken sich jetzt um ihn.

Was soll aus Grünen-Chef Habeck werden?

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN „Ja, diese Prüfung würde ich für mich bestehen.“ Mit diesem Satz hinsichtlich einer möglichen Kanzlerschaft befeuerte Robert Habeck unlängst die Spekulationen über seine Ambitionen. Nun wabert ein neues Gerücht durch den Berliner Politbetrieb – träumt Habeck inzwischen nicht mehr vom Kanzleramt, sondern vom Finanzministerium? Die politische Konkurrenz nimmt den Grünen-Chef bereits ins Visier.

Für die Partei läuft es nach wie vor gut in den Umfragen. Sie rangiert unverändert mit rund 20 Prozent auf Platz zwei hinter der Union und hat eine Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl im kommenden Jahr fest im Blick. Für Habeck aber ist es in der Wählergunst zuletzt stetig bergab gegangen – vor einigen Monaten war er noch der angesehenste Politiker des Landes, ein Sunnyboy, nachdenklich, bürgerlich, zuversichtlich, nicht mehr so verkniffen. Der geborene Kanzlerkandidat. Mittlerweile belegt der 51-Jährige im „ARD-Deutschlandtrend“ nur noch den siebten Platz. Selbst Innenminister Horst Seehofer (CSU) hat ihn auf der Beliebtheitskala überholt.

Die Corona-Pandemie und die Performance der schwarz-roten Regierungskoalition allein sind an dem Abstieg nicht schuld. Der Obergrüne leistete sich einige Schnitzer. So offenbarte er peinliche Wissenslücken bei der Pendlerpauschale und



Hat sich Schnitzer geleistet: Grünen Chef Robert Habeck. FOTO: NIETELD/DPA

brachte die Finanzdienstleistungsaufsicht Bafin mit der Überprüfung von Handwerkerrechnungen in Verbindung. Hinzu kamen einige Interview- und Videopatzer. Innerhalb der Grünen heißt es allerdings auch, bei dem smarten Vorsitzenden würden andere Maßstäbe angelegt. Jeder noch so kleine Fehltritt wiege deutlich schwerer. Habeck selbst schwang bereits nichts Gutes für den Bundestagswahlkampf: Die Konkurrenz werde auf die Grünen „mit ziemlicher Härte eindringen oder uns vor scheinbare Widersprüche stellen“, prognostizierte er kürzlich.

Je näher der Wahltag rückt, desto drängender wird die K-Frage gestellt werden. Ob die Partei mit einem Kanzlerkandidaten ins Rennen gehen wird und wenn ja, mit wem, soll dem Vernehmen nach frühestens nach der Landtagswahl im kommenden März in Baden-Württemberg beraten werden. Viele Grüne würden dann freilich Habecks Co-Vorsitzen-

den Annalena Baerbock den Vorzug geben, die in Sachthemen als satte Alternative gilt. Außerdem werden alle anderen Parteien einen männlichen Kanzlerkandidaten aufbieten. Dazu passt nun, was in dieser Woche die Tageszeitung taz unter Berufung auf Bundespolitiker berichtete: In einer Koalition ab 2021 wollten die Grünen das Finanzministerium beanspruchen, um ihre Ideen auch umsetzen zu können. Bereits im Sommer hatten sie ein Investitionsprogramm in Höhe von 500 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre gefordert. Habecks Name falle, so die taz weiter, wenn es um den Posten des Ressortchefs gehe. Der Ex-Umweltminister von Schleswig-Holstein zeichnete zuletzt verantwortlich für ein Konzept zur Lockerung der Schuldenbremse. Als Finanzfachmann gilt er deshalb trotzdem nicht.

Die politische Konkurrenz spottet bereits. So twitterte FDP-Generalsekretär Volker Wissing: „Ich dachte, Herr Habeck würde Bundeskanzler.“ Und SPD-General Lars Klingbeil stichelte: „Die einen regieren in der Krise das Land, die anderen teilen schon mal Posten für Ende 2021 auf.“ Grünen-Geschäftsführer Michael Kellner reagierte prompt verschnupft: „Obskure Personalspekulationen abzuleiten, weil sich Robert Habeck intensiv um dieses wichtige Thema kümmert, sind Banane.“ Er hätte die Geschichte aber auch einfach nur im Sande verlaufen lassen können.

PRESSESCHAU

Zum Sieg des Demokraten Joe Bidens bei der US-Wahl meint die belgische Zeitung „De Standaard“:

Mit Sicherheit wird sich der politische Diskurs von Joe Biden sehr von dem Donald Trumps unterscheiden. Dass dies notwendig ist, um die Härte und Zerrissenheit innerhalb der amerikanischen Gesellschaft zu mildern, ist unbestritten. Aber allein die Rückkehr des politischen Anstands wird nicht genügen, um das Denkmuster „Wir gegen die anderen“ zu überwinden. Es wird auch nicht ausreichen, um eine Mehrheit der Amerikaner daran zu hindern, in vier Jahren wieder einen Trump zu wählen. Wenn Biden die Demokraten vor einer Niederlage bewahren will, muss er durch die Zusammensetzung seiner Regierung deutlich machen, dass er sich vom alten, elitären Establishment distanziert, das die Wähler vor vier Jahren dazu veranlasst hat, Hillary Clinton den Rücken zu kehren.

Die „Südwest Presse“ (Ulm) bemerkt zu Steuerschätzung

In diesen trüben Tagen sind Scholz und die ganze Regierung gut beraten, Optimismus zu verbreiten. Sonst verstärkt sich noch die Konsumzurückhaltung der Verbraucher. Ins Auge fällt allerdings, dass der Bund erst 2023 bei den Steuereinnahmen das Vorkrisenniveau wieder erreicht, wenn die Steuerschätzer Recht behalten. Die Länder dagegen könnten schon im nächsten Jahr wieder fast diesen Stand erreichen. Das zeigt eine Unwucht, die auf Dauer nicht akzeptabel ist: Sie drücken immer wieder Lasten ab, und der Bund lässt sich das gefallen. Da sind auch die Bundestagsabgeordneten gefragt: Sie müssen das nicht mitmachen.

Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ meint dazu:

70 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen sind zwar nicht 80 Milliarden Euro weniger Einnahmen, wie noch im Sommer angenommen. Es bleibt insgesamt aber ein Schlag ins Kontor. Die Bundesregierung hat den Geldbeutel weit aufgemacht. Die Akzeptanz für die Corona-Maßnahmen wurde in Teilen teuer erkaufte. Das war gerade beim erneuten November-Lockdown gerechtfertigt. Aber die Rechnung wird auf die Steuerzahler zukommen.

Der „Weser-Kurier“ (Bremen) kommentiert zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Atomausstieg:

Nach dem Urteil ist klar: Das wird teuer. Vattenfall kann auf mehrere Milliarden Euro hoffen. Obendrein rüffelten die Richter die kassierten Regelungen als „unzumutbar“ und mit gravierenden formalen Fehlern behaftet. Das Ganze ist eine peinliche Nummer für die Bundesregierung und insbesondere für die zuständige Ministerin Svenja Schulze.

Produktion dieser Seite:

Iris Neu-Michalik, Michaela Heinze
Oliver Schwambach

Saarbrücker Zeitung

UNABHÄNGIG - ÜBERPARTEILICH

IMPRESSUM

Chefredakteur:

Peter Stefan Herbst

Stellvertretender Chefredakteur:

Thomas Roth

Chefredaktion:

Ulrich Brenner, Oliver Schwambach
Alexander Houben (CvD), Oliver Spettel (komm. CvD)

Geschäftsführung:

Thomas Deicke (Sprecher)

Thomas Marx
Christian Erhorn

Vertriebsleitung:

Marc Hartmann

Anzeigenleitung:

Daniela Groß

Art-Direktor: Bobby Lorenz, Politik/Nachrichten/Wirtschaft: Ulrich Brenner (Leiter), Volker Meyer zu Tittingdorf (Stellv.), Landpolitik/Region/Kultur: Oliver Schwambach (Leiter), Dietmar Klostermann (Stellv.), Sport: Mark Weishaupt (Leiter), Kai Klankert (Stellv.), Motor/Reise/Spezialthemen: Peter Bylda (Leiter), Martin Lindemann, Thomas Reinhardt (beide Stellv.), Chefredakteur: Michael Jungmann, Reporter Recht: Wolfgang Ihl, Reporter: Cathrin Elss-Seringhaus, Tobias Fuchs, Helene Maillasson, Chefredaktion Landespolitik: Dr. Daniel Kirch, Leserbrieftexte: Oliver Spettel, Foto: Daniela Hussong, Regionalredaktion Mitte: Dr. Ilka Desgranges (Leiterin), Martin Rolshausen (Stellv.) für die Lokalausgabe Regionalverband Saarbrücken, Regionalredaktion West: Mathias Winters (Leiter), Christian Beckinger (komm. Stellv.) für die Lokalausgaben Landkreis Saarlouis und Merzig-Wadern, Regionalredaktion Ost: Volker Fuchs (Leiter), Peter Neuheisel (Stellv.) für die Lokalausgaben Homburg, St. Ingbert, Neunkirchen und St. Wendel, Berliner Büro: Werner Kolhoff (Leiter), Hagen Strauß, Stefan Vetter, Verantwortlich für jedes Ressort sind die jeweils Erstgenannten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Gewähr.

Leserbrieftexte: Leserbrieftexte mit strafbarem Inhalt veröffentlichten wir nicht. Gleiches gilt für anonyme oder fingierte Briefe sowie beleidigende Texte. Die Angabe von Anschrift und Telefonnummer ist Voraussetzung für den Abdruck eines Leserbrieftextes, zu dem wir aber nicht verpflichtet sind. Die Redaktion weist darauf hin, dass der Inhalt der Leserbrieftexte die Ansicht der Einsender wiedergibt. Leserbrieftexte sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion. Die Redaktion trägt die presserechtliche, aber nicht die inhaltliche Verantwortung für veröffentlichte Zuschriften. Damit ein möglichst großer Leserkreis zu Wort kommen kann, müssen Zuschriften gekürzt werden. Leserbrieftexte von politischen Funktionsträgern und offiziellen Stellen veröffentlichten wir nicht. Gleiches gilt für Vereins-, Verbands- oder Unternehmensvertreter, die sich in eigener Sache zu Wort melden. Im Falle der Veröffentlichung des Leserbrieftextes weisen wir am Beitrag den Klarnamen sowie den Wohnort des Einsenders aus. Leserbrieftexte: Telefon: (06 81) 502 20 41, Fax: (06 81) 502 20 79, E-Mail: leserbrieftexte@sz-sb.de, Verantwortlich: Oliver Spettel

Druck und Verlag: Saarbrücker Zeitung, Verlag und Druckerei GmbH, 66103 Saarbrücken, Gutenbergstr. 11-23, Tel.: (06 81) 502-0; Saar-LB IBAN DE11 5905 0000 0007 0070 08, BIC SALADE55XXX, Postverlagsort Saarbrücken. Erscheint täglich außer sonntags. Bezugspreis inkl. Zustellung 41,25 € bei monatlicher Zahlung, bei Postbezug 47,30 €. Postbezug Ausland 69,90 € (im Inland einschl. 5 % MwSt.). Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Abbestellungen nur schriftlich mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Leistung. Gewerbliche Anzeigen laut Preisliste Nr. 68 ab 1. Januar 2020. Für private Gelegenheitsanzeigen gilt die Preisliste Nr. 24 ab 1. Januar 2020. Briefadresse der Redaktion, der verantwortlichen Redakteure und der Verantwortlichen für den Anzeigentel: Gutenbergstr. 11-23, 66103 Saarbrücken.

www.saarbruecker-zeitung.de; www.sz.de

Abo-Service: (06 81) 502 502.

Privatanzeigen: (06 81) 502 503.

Redaktion: (06 81) 502 504

LESERBRIEFE

Viele gehen leer aus, wenige profitieren

„Rentner müssen mit Nullrunde rechnen“, SZ vom 12. November

Wieder eine Nullrunde für 21 Millionen Rentner, dagegen 1,4 Prozent Pensionserhöhung für ca. 1,7 Million Pensionäre bei Bund, Ländern, Gemeinden. Diese wurden 2019 für 2019 bis 2021 ausgehandelt, cleverer Schachzug! Rentner finanzieren ihre spätere Rente über Arbeitnehmer-/Arbeitgeberbeiträge, nur 30 Prozent schießt der Staat monatlich zu, der Rentenversicherung fehlt das Geld. Für Pensionen der Beamten werden meist keine Rücklagen gebildet, Pensionen werden größtenteils der Staatskasse entnommen. Es wäre an der Zeit, Renten ähnlich der Beamtenpensionen über die Staatskasse zu finanzieren.

Klaus Kaup, Dillingen

Regeln individuell interpretierbar

„Alleinstehende leiden unter Corona-Verordnung“, SZ v. 9. November

Dem kann ich bei aller Akzeptanz der leider notwendigen Maßnahmen nur beipflichten. Ich bedauere als Alleinstehende auch, dass bei der Formulierung „10 Personen aus zwei Familien“ die Möglichkeiten für uns so eingeschränkt sind. Bei 10 Personen aus zwei Familien sind etwa 4 Erwachsene und 6 Kinder erlaubt, die ihre Kontakte haben. Der Staat kann nicht jede Kombination dezidiert auführen und man darf sehr wohl einen Spielernachmittag von 4 alleinlebenden Frauen (wie gewohnt und freudebringend) durchführen. Modifiziert und eigenverantwortlich – ohne vorher in der Staatskanzlei nachzufragen. Oder?

Annelie Mederer, Saarbrücken

Sind nun Störer ausschlaggebend?

„Nach Leipziger Demo viel Kritik an Minister“, SZ vom 10. November

Im deutschen Rechtssystem sind Richter unabhängig. Ihre Urteile müssen nicht immer nachvollziehbar sein. Dennoch herrscht bei uns Gewaltenteilung. Wo kämen wir hin, wenn die Störer einer Demo – nicht alle Demonstranten waren Nazis – den Ausschlag dafür geben, ob eine Demo stattfinden darf oder nicht? Die Überforderung der Exekutive, die Störer zu entfernen und andere demonstrieren zu lassen, darf nicht dazu führen, dass Richter gezwungen werden, ihre Rechtsprechung nach Verwaltung und Regierung auszurichten. Wenn Politiker das kritisieren, haben sie den Geist der Verfassung nicht verstanden.

Angelo Gino Crispi, Saarbrücken

Steuerzahler muss dafür geradestehen

„Triumphzug der ‚Querdenker‘ in Leipzig“, Ausgabe der Saarbrücker Zeitung vom 9. November

Aus welchen Gründen werden solche Veranstaltungen immer im Osten Deutschlands beantragt? Scheinbar herrscht dort ein anderes Demokratieverständnis als in den alten Bundesländern. Dieses nutzen die Veranstalter natürlich aus, anderenfalls könnte solch eine Veranstaltung niemals stattfinden. Nur für diesen Schwachsinn muss der Steuerzahler geradestehen. Sogar in Leipzig hätte man wissen müssen, dass solch eine Veranstaltung aus dem Ruder läuft.

Bernhard Rath, Bexbach

Weitere Leserbrieftexte: Seite F4